

Forderungen an Bundestag und Bundesregierung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit setzt sich anwaltschaftlich für die Belange junger Menschen ein, „die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind“ (vgl. SGB VIII, § 13,1). Wir richten unseren Blick deswegen insbesondere auf diejenigen, die von individueller Beeinträchtigung oder sozialer Benachteiligung betroffen oder bedroht sind. Zur Bundestagswahl und für die kommende Legislatur fordern wir eine #StarkeZukunft für junge Menschen. Mit konkreten Forderungen möchten wir Politik mitgestalten und dazu beitragen, dass junge Menschen ihre Persönlichkeit entfalten, ihre Begabungen und Fähigkeiten entwickeln und Verantwortung für das eigene Leben übernehmen.

Weil Politiker*innen auf gute Ideen und konkrete Lösungen angewiesen sind, können unsere Forderungen gerne als Formulierungshilfe für Koalitionsverhandlungen, Gesetzestexte und Anträge der Fraktionen im künftigen Parlament und in der Bundesregierung genutzt werden.

Unsere zehn zentralen Forderungen sind wichtig für eine #StarkeZukunft junger Menschen:

- **Jugendgerechte Politik umsetzen**
- **Gerechte Bildung organisieren**
- **Übergänge in Ausbildung und Beruf verbessern**
- **Demokratie und Beteiligung stärken**
- **Offene und solidarische Gesellschaft schaffen**
- **Jugendarmut bekämpfen**
- **Perspektiven öffnen**
- **Strukturen stärken**
- **Klimagerechtigkeit erreichen**
- **Europa gestalten**

Diese Forderungen basieren auf konkreten Lebensrealitäten vieler junger Menschen und deren Erwartungen. Sie richten sich an die politisch verantwortlichen Menschen im Bundestag und in der Bundesregierung.

[↗ mehr online](#)

Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit | Chausseestraße 128/129, 10115 Berlin, 030/288789530, politik@bagkjs.de, bagkjs.de
Mitgliedsorganisationen: Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) – Bundesstelle e. V. | Deutscher Caritasverband e. V. | Deutsche Provinz der Salesianer Don Bosco
IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauenarbeit – Deutschland e. V. | Kolpingwerk Deutschland – Bundesverband | Verband der Kolpinghäuser e. V.
Landesarbeitsgemeinschaften: in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin/Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen/Bremen/Hamburg/Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern, Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland, Thüringen

Jugendgerechte Politik umsetzen

[➔ mehr online](#)

Junge Menschen und ihre Bedarfe spielen bei politischen Entscheidungen selten eine Rolle. Das ist untragbar für eine demokratische Gesellschaft und deren Zusammenhalt. In den vergangenen Jahren wurde zwar immer wieder über jugendgerechte Politik gesprochen, doch es ist nun endlich an der Zeit, diese Politik für eine #StarkeZukunft umzusetzen.

Bedarfe junger Menschen berücksichtigen

Die Bedarfe junger Menschen müssen eine zentrale Rolle bei politischen Entscheidungen spielen. Werkzeuge wie der Jugend-Check, ein Jugend-Mainstreaming oder ein institutionalisierter Dialog mit Forschung und Praxis bis zu wirksamen Beteiligungsformaten für junge Menschen müssen eingeführt werden und die finanzielle Förderung langfristig gesichert sein.

Adulismus erkennen und überwinden

Die Kinderrechte auf Schutz, Förderung und Teilhabe müssen im Grundgesetz verankert werden. Der Bund muss gemeinsam mit Ländern und Kommunen Räume schaffen, in denen junge Menschen selbstständig handeln, Verantwortung übernehmen und ihre Fähigkeiten entfalten können – ohne bevormundet zu werden. Außerdem muss der Bund einen verbindlichen Rahmen für Mitwirkung im Bereich Schule und Ausbildung setzen.

Gerechte Bildung organisieren

[➔ mehr online](#)

Für eine #StarkeZukunft ist entscheidend, dass alle jungen Menschen gleiche Bildungschancen haben. Verantwortlich für Bildung sind alle föderalen Ebenen. Gemeinsam mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, mit Praktiker*innen der Bildungs- und Jugendhilfelandchaft und mit der Wissenschaft müssen Bildungspolitiker*innen gerechte Bildung organisieren. Das Verständnis von Bildung darf sich nicht nur auf Schule fokussieren. Gerade die außerschulische Bildung stärkt die gesellschaftliche Teilhabe.

Bildungspolitik strukturell ändern

Das Startchancen-Programm und der DigitalPakt sind erste Versuche einer besseren Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen. Diese Programme müssen mit der Expertise aus Praxis und Wissenschaft evaluiert und weiterentwickelt werden. In weiteren Bildungsbereichen, etwa in der beruflichen Ausbildung und Bildung, sowie im Übergangssystem von der Schule in den Beruf, müssen die föderalen Ebenen Bildung im Interesse der jungen Menschen gemeinsam organisieren.

Multiprofessionalität ausbauen

Bund, Länder und Kommunen müssen die Erkenntnisse aus den nationalen Bildungsberichten ernsthaft reflektieren und konstruktiver kooperieren. Es bedarf einer bundesweiten Verständigung auf Vorgaben für multiprofessionelle Teams. Jugendhilfe – und damit Jugendsozialarbeit, muss in der Bildungslandschaft der Schule eine wichtige Rolle spielen. Sie kann insbesondere Demokratieförderung im System Schule an der Schnittstelle von Sozialer Arbeit und politischer Bildung umsetzen. Formate wie der „Bildungsdialog für Deutschland“ müssen ernsthaft realisiert werden. Die Mitwirkung und Mitbestimmung von Schüler*innen als wesentliche Teile des Schulsystems müssen gestärkt werden.

Schulabsentismus bekämpfen

Eine neue Bund-Länder-Initiative muss ein Forschungsprojekt mit begleitendem Praxisprogramm umsetzen. Die Schulsozialarbeit sowie schulexterne Angebote der Jugendsozialarbeit gilt es bei der Suche nach Lösungen mit ihren Erfahrungen und ihrer Expertise zu beteiligen. Sie müssen zudem auf Grundlage des § 13a SGB VIII sowie des § 13 SGB VIII ausgebaut werden. Lösungen sind ebenfalls durch Einbezug der pädagogischen Arbeit im Sozialraum zu organisieren.

Übergänge in Ausbildung und Beruf verbessern

[➔ mehr online](#)

Offene Ausbildungsplätze stehen unversorgten jungen Menschen gegenüber: Der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf gestaltet sich jährlich bei Hunderttausenden jungen Menschen schwierig. Die Ursachen sind verschieden. Für eine #StarkeZukunft ist es entscheidend, dass die Übergänge verbessert werden.

Jugendberufshilfe als Potenzial für Azubi- & Fachkräftesicherung identifizieren

Die freien Träger der Jugendberufshilfe müssen durch verlässliche Rahmenbedingungen und eine gute Finanzierung gestärkt werden. Die Förderung aus unterschiedlichen Quellen aller föderalen Ebenen muss subsidiär gestaltet und wesentlich besser aufeinander abgestimmt werden. Der Bund steht durch das SGB VIII in der Verantwortung, die Kooperation mit Ländern und Kommunen zu suchen.

Wirksames und qualitatives Übergangssystem gestalten

Das Übergangssystem muss übersichtlich gestaltet und zugunsten passender Angebote verschlankt sowie auf dessen Wirksamkeit überprüft werden. Weniger standardisierte Maßnahmen als vielmehr individuell ausgerichtete Hilfeangebote sind notwendig. Ein auf Beziehung angelegtes Übergangskoaching muss etabliert werden, das bereits in der Schule ansetzt und nicht nur Informationen, sondern vor allem eine bedarfsorientierte, individuelle Begleitung sichert.

Jugendberufshilfe für die Arbeitswelt 4.0 ertüchtigen

Die Jugendberufshilfe muss durch einen DigitalPakt in die Lage versetzt werden, junge Menschen auf die Ausbildungs- und Arbeitswelt 4.0 vorzubereiten. Als eine Möglichkeit für die Förderung der Digitalisierung in der Jugendsozialarbeit dient der DigitalPakt Schule. Im Interesse der jungen Menschen müssen Akteur*innen aus den Strukturen der Jugendsozialarbeit zudem in Diskurse zur Regulierung von digitalen Entwicklungen sowie von künstlicher Intelligenz einbezogen werden.

Inklusiven Ausbildungsmarkt verwirklichen

Jedem jungen Menschen mit Ausbildungswunsch ist ein Ausbildungsangebot zu unterbreiten. Ein inklusiv gestalteter Ausbildungsmarkt bedeutet: Alle jungen Menschen sind in einem Regelsystem erfasst, Sondersysteme für Benachteiligte und Menschen mit Behinderung sind abzuschaffen. Dazu werden flexible Curricula, modularisierte Ausbildungsgänge, Teilqualifizierungen, Teilzeitberufsausbildungen sowie die flexible Gestaltung von Prüfungen bis zu Ausbildungsverlängerungen verbindlich eingeführt. Die Ausbildungsgarantie muss evaluiert und im nächsten Schritt inklusiv weiterentwickelt werden.

Tariftreue bei Vergabe staatlicher Aufträge einführen

Wenn der Staat Aufgaben an Träger delegiert und öffentlich finanziert, dann müssen die Qualität der Maßnahmen und der Nutzen für junge Menschen im Mittelpunkt stehen. Qualität und Tariftreue müssen als Faktoren einer öffentlichen Vergabe neben dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit anerkannt werden. Das gilt insbesondere im Kontext der Arbeitsmarktdienstleistungen.

Eingliederung junger Menschen in Arbeit sicherstellen

Die Bundesregierung muss dafür Sorge tragen, dass die Jobcenter zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Dies gilt sowohl für das Verwaltungsbudget als auch für den Eingliederungstitel. Mittel aus dem Eingliederungstitel dürfen nicht ins Verwaltungsbudget umgeschichtet werden. Der Eingliederungstitel ist finanziell so auszustatten, dass durch die Jobcenter ein verlässlicher Betrag für die aktive Arbeitsmarktförderung zur Verfügung gestellt werden kann. Freie Träger benötigen gerade bei Angeboten für die Zielgruppen des SGB II eine mehrjährige Planungssicherheit.

Demokratie und Beteiligung stärken

[➔ mehr online](#)

Das Vertrauen in das demokratische System sinkt. Der Hang zum Autoritarismus wächst. Das belegen aktuelle Studien wie die Shell-Jugendstudie. Zugleich signalisieren junge Menschen in Jugendstudien, dass sie zu demokratischem Engagement bereit sind. Sie betonen außerdem, dass sie eine #StarkeZukunft in einer Demokratie entwickeln wollen und wirksame Beteiligung am demokratischen System wünschen.

Demokratiebildung fördern

Die föderal stark differente Förderung politischer Bildung und Demokratiebildung muss durch einen bundesweiten Rahmen und auf Grundlage von Qualitätskriterien koordiniert werden. Sie darf nicht allein auf kurzfristige Effekte ausgerichtet sein. Die Potenziale der Jugendsozialarbeit für die demokratische Bildung junger Menschen müssen anerkannt und berücksichtigt werden. Zur Stärkung demokratischer Werte und politischer Teilhabe müssen partizipative und niedrigschwellige Angebote der Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit ausgebaut und gefördert werden – auch in digitalen Räumen.

Wirksame Beteiligung entwickeln

Die aktive Teilnahme an demokratischen Wahlen in Kommunen, in Ländern, im Bund und in Europa muss für alle jungen Menschen möglich sein. Ein bundesweit einheitliches Wahlalter von mindestens 16 Jahren muss dazu im Grundgesetz verankert werden. Zusätzlich zu der Teilnahme an Wahlen müssen wirksame und inklusive Formate der Jugendbeteiligung auf allen föderalen Ebenen installiert werden. Bei der Entwicklung der Formate sind Interessen junger Menschen zu berücksichtigen/einzubeziehen.

Offene und solidarische Gesellschaft schaffen

[➔ mehr online](#)

Die Würde eines jeden Menschen, das Recht auf freie Entfaltung und die Bedeutung des solidarischen Miteinanders – all dies betont das Grundgesetz. Im Geiste des Grundgesetzes sollte eine #StarkeZukunft für alle, die in dieser Gesellschaft leben oder leben wollen, offen und solidarisch sein.

Gerechte und zukunftsorientierte Einwanderungspolitik umsetzen

Sichere, legale Wege für Einwanderung, humanitäre Aufnahme und Familienzusammenführung müssen gefördert werden. Transparente, klare und verlässliche Regelungen für Aufenthaltstitel, eine Bearbeitung von Anträgen innerhalb der gesetzlichen Vorgaben und Verfahren sind notwendig, um Unsicherheiten und Belastungen für Menschen zu minimieren, die nach Deutschland und Europa kommen.

Alle Menschen unserer Gesellschaft, auch die, die neu nach Deutschland kommen, müssen von Anfang an Zugang zur Bildung, zum Arbeitsmarkt, zur Gesundheitsversorgung und zu gesellschaftlicher Teilhabe erhalten. Sprach- und Integrationskurse müssen flächendeckend und niedrigschwellig angeboten

werden, digitale Angebote sollten das bestehende Angebot ergänzen. Jugend- und frauenspezifische Integrationskurse müssen erhalten bleiben und ausgebaut werden.

Internationale Abkommen zum Schutz der Menschenrechte müssen konsequent umgesetzt werden. Der Bund muss durch faire Handelsabkommen, Entwicklungszusammenarbeit und Maßnahmen zum Klimaschutz die Ursachen von Flucht und Migrationsbewegungen langfristig angehen und bekämpfen. Abschreckungsmaßnahmen sind zu vermeiden und illegale Pushbacks an den Außengrenzen der EU sind juristisch zu ahnden.

Ein modernes Einwanderungsgesetz bietet Arbeitskräften und Fachkräften die Möglichkeit und benötigte Sicherheit, sich für Deutschland als Arbeits- und Lebensstandort zu entscheiden. Gleichzeitig muss die Integration der bereits hier lebenden Menschen in den Arbeitsmarkt erleichtert und Arbeitgeber entsprechend unterstützt werden. Maßnahmen zur Sensibilisierung der Gesellschaft und konsequente Sanktionen bei rassistischen Übergriffen sind unerlässlich, um ein respektvolles Miteinander zu fördern.

Die Rechte und Bedürfnisse von minderjährigen Geflüchteten müssen besonders beachtet werden, Betreuungsstandards müssen eingehalten werden. Denn Kinder- und Jugendrechte gelten für alle, unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltstitel.

Inklusion fördern

Das Gesetz zur inklusiven Kinder- und Jugendhilfe (IKJHG) wurde in der vergangenen Legislatur unter großer Beteiligung der Zivilgesellschaft entwickelt. In der neuen Legislaturperiode sollte das IKJHG zeitnah aufgerufen, im Parlament beraten und beschlossen werden.

Diversitätsbewusste Strukturen in der Jugendsozialarbeit fördern

Strukturen in den Verwaltungen aller föderalen Ebenen müssen kritisch überprüft und die Diskriminierungsfreiheit durch systematische Audits und entsprechende Anpassungen sichergestellt werden. Für die Sensibilisierung und Weiterbildung der Fachkräfte müssen Förderprogramme konzipiert und umgesetzt werden, damit Vorurteile reflektiert, abgebaut und Kompetenzen für diversitätsbewusste Ansätze gestärkt werden. Es bedarf einer engen Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen, Jugendsozialarbeit und Organisationen, die sich für die Belange von Einwanderer*innen, LGBTQIA+, Menschen mit Behinderungen und anderen marginalisierten Gruppen einsetzen, denn nur durch den Austausch von Expertise und die Nutzung von Synergien können Angebote bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Jugendarmut bekämpfen

[➔ mehr online](#)

Armut nimmt jungen Menschen die Möglichkeit, selbstbestimmte Perspektiven zu entwickeln. Die Zahl der jungen Menschen, die von Armut betroffen oder bedroht sind, bleibt nach wie vor hoch. Damit auch diese jungen Menschen eine #StarkeZukunft haben können, muss Jugendarmut als Problem ernst genommen und bekämpft werden.

Grundsicherung einführen

Die Kinder- und Jugendgrundsicherung muss als Gesetz eingeführt werden. Im Zentrum darf nicht allein der leichte Zugang zu Leistungen stehen, sondern insbesondere eine armutsfeste staatliche Sicherung – finanziert aus Steuermitteln –, deren Höhe mindestens dem verfassungsrechtlich notwendigen Existenzminimum entspricht.

Teilhabe stärken

Der Bund muss Sorge tragen, dass jene Rechtskreise wirksam miteinander handeln können, die für Jugendhilfe, Bildung, Grundsicherung und Ausbildungs- oder Arbeitsförderung zuständig sind. Das Modell der Jugendberufsagenturen kann eine Blaupause für das Zusammenwirken bieten. Niedrigschwellige Angebote der Jugendsozialarbeit, wie die Aufsuchende Soziale Arbeit, benötigen eine gute rechtliche und verlässliche finanzielle Absicherung, weil junge Menschen in prekären Lebenslagen aufgrund ihrer jeweiligen Lebenssituation häufig von bestehenden Angeboten nicht wissen oder den Weg dorthin nicht eigenständig gehen können.

Adäquaten, bezahlbaren Wohnraum sicherstellen

Der Bund sollte das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen. Es gilt, bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum zu schaffen sowie wirksame Instrumente gegen unverhältnismäßige oder grundlose Mietsteigerungen einzuführen. Präventionsprogramme zur Vermeidung von Wohnungsverlusten bei Jugendlichen sind auf- und auszubauen, jugendspezifische Mindeststandards für Notunterkünfte müssen bundesweit eingeführt werden. Jugendgerechte Wohnformen wie sozialpädagogisch betreutes Jugendwohnen oder Wohngemeinschaften muss der Bund gemeinsam mit den Ländern und Kommunen stärker fördern.

Der soziale Wohnungsbau, insbesondere zugunsten junger Menschen und Familien, sollte deutlich verstärkt werden. Die Handlungsfähigkeit von Trägern und Sozialverbänden, die Akteure auf dem Wohnungsmarkt sind, muss durch eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts dauerhaft garantiert und gefördert werden. Der Bund sollte zudem ein Forschungsprogramm zum Thema Wohnungslosigkeit aufbauen und damit die Erfassung und Auswertung von Daten weiterentwickeln.

Perspektiven öffnen

[➤ mehr online](#)

Junge Menschen haben einige Jahre spürbarer Krisen erlebt. Trotzdem bleiben sie zuversichtlich, wie unter anderem die aktuelle AID:A-Studie des Deutschen Jugendinstituts herausstellt. Für eine #StarkeZukunft ist es notwendig, gute Perspektiven für junge Menschen zu öffnen.

Gesundheit fördern

Strukturelle Veränderungen im System Schule müssen von allen Akteur*innen im Bildungssystem vorgenommen werden, um Belastungen und Stress zu reduzieren und positive Entwicklungen im Bereich des Lernens und der psychosozialen Gesundheit in der Schule zu ermöglichen. Modellvorhaben wie die „Mental Health Coaches“ müssen in Entwicklungsprozesse eingebunden und verstetigt werden. Verantwortliche Politiker*innen auf allen föderalen Ebenen müssen die Sorgen junger Menschen vor einer zunehmend unsicheren Zukunft ernst nehmen. Angebote zur Stärkung der psychischen sowie physischen Gesundheit müssen ausgebaut werden, damit die Persönlichkeitsbildung von Jugendlichen gestärkt wird, und sie somit lernen und befähigt werden, kompetent mit möglichen Risiken umzugehen. Das psychologische Versorgungssystem muss wie die medizinische Versorgung insgesamt nachhaltig gefördert werden. Es ist von enormer Bedeutung, lokale Netzwerke auszubauen, die auch präventive Angebote machen können. Notwendig ist ein Angebot, dem junge Menschen vertrauen können.

Das Azubi- und Jugendwohnen ausbauen

Der Zugang zum Sonderprogramm „Junges Wohnen“ muss bundesweit einheitlich und uneingeschränkt für die Einrichtungen des sozialpädagogisch begleiteten Azubi- und Jugendwohnens möglich sein. Ferner sollte eine bundesweit organisierte Unterstützungsstruktur für Investor*innen, Kommunen und Träger zur Entwicklung neuer Projekte des Wohnens für junge Menschen aufgebaut werden. Zudem muss die hohe Qualität des Angebots im Azubi- und Jugendwohnen anerkannt und ausgebaut werden – darunter

demokratie- und gesundheitsfördernde Maßnahmen sowie Unterstützung bei finanziellen und ausbildungsbezogenen Belangen.

Strukturen stärken

[➤ mehr online](#)

Die Träger der Kinder- und Jugendhilfe und damit auch jene der Jugendsozialarbeit benötigen eine verlässliche Unterstützung durch den Staat, für den sie gesetzliche Aufgaben übernehmen. Brechen diese Strukturen durch mangelhafte staatliche Förderung zusammen, trifft es indirekt auch Millionen Jugendliche, die auf dem Weg in ihre Selbstständigkeit auf Beratung und konkrete Angebote durch Fachkräfte der Jugendsozialarbeit angewiesen sind. Eine #StarkeZukunft benötigt deswegen starke Strukturen.

Angebote für ALLE Jugendlichen bereitstellen

Im Kinder- und Jugendplan des Bundes müssen bundesweite Strukturen der Jugendsozialarbeit langfristig abgesichert und ihre Förderung dynamisiert werden.

Die Finanzgrundlagen von Bund, Ländern und Kommunen, die aus unterschiedlichen Quellen Angebote der Jugendsozialarbeit finanzieren, müssen stärker als bisher subsidiär gestaltet werden. Vor allem die Kommunen müssen durch Bundesgesetze und Steuern in die Lage versetzt werden, bedarfsgerechte Angebote der Jugendsozialarbeit vor Ort als Regelaufgabe zu finanzieren.

Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe wirksam bekämpfen

Der Bund sollte im Verbund mit den Ländern für Studiengänge der Sozialarbeit, der Sozialpädagogik und Erziehungswissenschaft sowie für entsprechende Ausbildungsberufe oder Quereinstiege werben. Kriterien für Multiprofessionalität müssen bundesweit einheitlich festgelegt werden, denn in der interdisziplinären Zusammenarbeit liegt eine Chance zur Ausdifferenzierung von Wissen und zur Steigerung von Kompetenzen.

Klimagerechtigkeit erreichen

[➤ mehr online](#)

Von der Bewahrung der Schöpfung hängt in Gegenwart und Zukunft wesentlich ab, ob und wie alle Menschen friedlich und solidarisch zusammenleben, sich ernähren, wohnen, lernen, arbeiten sowie das Miteinander kreativ gestalten können. Dies wissen und fühlen viele Menschen, insbesondere der jüngeren Generation – unabhängig von ihren persönlichen Voraussetzungen. Eine #StarkeZukunft benötigt einen engagierten Klimaschutz und eine gerechte Verteilung der Lasten.

Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken

Der Nationale Aktionsplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) hat für unterschiedliche Handlungsfelder, Ziele und Maßnahmen aufgezeigt, wie BNE in Deutschland weiter gefördert werden kann. Der Aktionsplan sieht unter anderem vor, BNE in Schulen sowohl in Fächern als auch interdisziplinär strukturell zu verankern und Unterstützungsangebote bereitzustellen. Betriebe und berufliche Schulen sollten durch Anreize und staatliche Unterstützung als nachhaltige Lernorte etabliert werden.

Sozial-ökologische Transformation gestalten

Der Bund sollte Förderprogramme etablieren, die auf die Besonderheiten der Träger in der Jugendsozialarbeit zugeschnitten sind und modellhaft wirken. Dabei sollten auch Personalstellen für sozial-ökologische Transformationsprozesse ermöglicht werden, beispielsweise für Klimaschutzmanager*innen.

Ökologische Kinderrechte anerkennen und gesetzlich verankern

Die Anerkennung ökologischer Kinderrechte, wie etwa das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt für Kinder und Jugendliche, muss sich in der nationalen Gesetzgebung widerspiegeln. Dieses Recht muss in allen Maßnahmen und Regelungen, Haushaltsentscheidungen sowie bei öffentlichen Leistungen, Ausschreibungen und Fördermaßnahmen berücksichtigt werden.

Der Bund hat den Auftrag, wirksame nationale Gesetze zum Schutz der Umwelt zu erlassen und deren Einhaltung im Sinne der Generationengerechtigkeit sicherzustellen.

Europa gestalten

[➔ mehr online](#)

Europa ist als Staatenbund ein wichtiger Akteur in einer zunehmend multipolaren Welt. Verlässliche, multinationale Bindungen sind nicht mehr selbstverständlich. Für eine #StarkeZukunft ist entscheidend, dass die EU als Akteur in Fragen von Menschenrechten, Klimaschutz, Friedenssicherung und Solidarität gestärkt wird.

Vielfalt in Europa erhalten

Viele Programme der Jugendsozialarbeit, insbesondere in der Jugendberufshilfe – wie Beschäftigungs- und Ausbildungsmaßnahmen für benachteiligte junge Menschen – sind stark auf regionale ESF+-Kofinanzierung angewiesen. Diese könnten durch die geplanten Einschnitte und Umstrukturierungen komplett wegfallen. Die Bundesrepublik Deutschland muss als zentraler Akteur in Europa im Europäischen Rat verhindern, dass die Pläne der Kommission umgesetzt werden.

Für das Jugend- und Bildungsprogramm Erasmus+ besteht die Gefahr, dass der Jugendbereich wieder aus der Erasmus-Programmstruktur herausgelöst wird und der für die internationale Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit wichtige Bereich der non-formalen Bildung weiter an Bedeutung verliert. Die Bundesregierung muss dies gemeinsam mit europäischen Partnern verhindern. Es gilt, Föderalismus und Subsidiarität beim EU-Haushalt zu wahren.

Demokratie in Europa stärken

Abgeordnete des Deutschen Bundestages müssen gemeinsam mit ihren Kolleg*innen im Europäischen Parlament die demokratischen europäischen Institutionen stärken. Das EU-Parlament benötigt mehr Mitsprache und eine starke Rolle im Miteinander von Parlament, Europäischer Kommission und Europäischem Rat.

Menschenrechte in Europa wahren

Die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Grundrechtecharta der EU müssen in allen Mitgliedstaaten uneingeschränkt eingehalten werden. Verstöße müssen konsequent sanktioniert werden. Eine Bundesregierung muss sich in Europa dafür einsetzen, dass Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gestärkt werden. Sie muss darauf hinwirken, dass die EU Mechanismen ausbaut, die demokratische Grundprinzipien und die Unabhängigkeit der Justiz in allen Mitgliedstaaten garantieren. Jeder Mensch in Europa hat ein Recht auf angemessene Lebensbedingungen, Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherheit. Diese Rechte müssen gestärkt und ihre Umsetzung, insbesondere für sozial Benachteiligte, gewährleistet werden. Eine Bundesregierung steht in der Pflicht, dies mit Partnern in der EU verbindlich zu regeln.